

Richard Schröder

Die Mittelstandspolitik in der DDR

(Vortrag auf einer Veranstaltung der Deutschen Nationalstiftung am 26.1.2016 in Köln)

Die Sowjetunion hat in ihrer Besatzungszone landwirtschaftliche Betriebe über 100 ha und, wie es hieß, die Industriebetriebe der Nazis und Kriegsverbrecher entschädigungslos enteignen lassen, wozu die gesamte Großindustrie gehörte. Aber mittlere Industriebetriebe, der Großhandel und der Einzelhandel, Handwerker, Gaststätten, Apotheker, Ärzte waren von diesen Enteignungen nicht betroffen. Deshalb lag 1950 der Anteil der privaten Betriebe am Produktionsvolumen noch bei 40 %. Weitere 40 % kamen von der verstaatlichten Industrie, ca. 20 % der Produktionskapazität lieferten die Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG), die später in VEB umgewandelt wurden – außer der Uranfördergesellschaft WISMUT, die bis 1990 eine sowjetisch-deutsche Aktiengesellschaft blieb und 1990 der Sowjetunion für 1 DM von der Bundesrepublik übernommen wurde, mitsamt den gewaltigen Umweltbelastungen.

Bei der Bodenreform ist der größere Teil des enteigneten Landes Kleinbauern und Neubauern, darunter auch vielen Flüchtlingen, zugewiesen worden, so dass 1950 auch die landwirtschaftliche Produktion weit überwiegend sich in privater Hand befand.

Die SED hat in ihrer Politik gegenüber dem privaten Sektor der Wirtschaft zwischen zwei Optionen agiert. Man könnte sagen: Zuckerbrot und Peitsche. Oder, seriöser, nach dem Titel der Monographie über die Steuerungsprobleme der SED-Mittelstandspolitik 1955-1972 von Frank Ebbinghaus (2003): Ausnutzung und Verdrängung.¹ Zweierlei aber hat die SED dem privaten Sektor nie gewährt: Rechtssicherheit und Zukunftsgarantien.

Der Ausdruck Mittelstand war in der DDR nicht üblich. Die SED sprach aber von Mittelschicht und verstand darunter ohne Rücksicht auf die Betriebsgröße alle selbständigen oder privaten Gewerbetreibenden.

Ich selbst habe die SED-Politik gegenüber der Privatwirtschaft in der DDR hautnah erlebt, weil mein Vater bis zu seinem Tode 1969 privater Apotheker war. Ich bin für diese unverschuldete soziale Herkunft auch abgestraft worden, indem mir wie meinen Geschwistern nach der 8. Klasse der Besuch der Oberschule verwehrt wurde.

Die Politik der SED war immer sehr genau von der Sowjetunion überwacht und geprägt, aber außerdem von der Überzeugung bestimmt, dass der Marxismus-Leninismus der Partei und nur ihr die Erkenntnisse über den gesetzmäßigen Gang der Menschheitsgeschichte erschloss. Horst Sindermann, zuletzt Volkskammerpräsident, hat in seinem letzten Interview Mitte 1990 auf die Frage, warum das Politbüro Gorbatschows Kurs nicht gefolgt ist, erklärt: weil er nicht mit dem Marxismus-Leninismus übereinstimmte. Er hat das damals, 1990, durchaus selbstkritisch gemeint, aber doch zugleich dokumentiert, dass für die SED-Spitze diese pseudowissenschaftliche Weltanschauung tatsächlich eine Sichtblende vor der Wirklichkeit war, die es erlaubte, unangenehme Tatsachen zu leugnen und auf empirische Untersuchungen sozialer und ökonomischer Prozesse weitestgehend zu verzichten, weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Die Politik der SED war in grundsätzlichen Fragen weitgehend von Wunschenken oder Subjektivismus geprägt, obwohl die SED „Subjektivismus“ als verkehrtes Denken und ideologische Abweichung anzuprangern pflegte. Die Sache ist vertrackt, weil die „objektiven“ gesellschaftlichen und ökonomischen „Gesetzmäßigkeiten“, die die SED als Gegeninstanz zum „Subjektivismus“ in Stellung brachte, ihrerseits deshalb subjektivistisch waren, weil sie nicht dem offenen Test durch die Wirklichkeit ausgesetzt wurden. Um das etwas zu verdeutlichen, muss ich hier auf die

¹ Frank Ebbinghaus, Ausnutzung und Verdrängung. Steuerungsprobleme der SED-Mittelstandspolitik 1955-1972, Berlin 2003 (Zeitgeschichtliche Forschungen 22). Diesem Buch sind die allermeisten Zahlenangaben entnommen. Vgl. auch noch: André Steiner, Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR. München 2004.

Geschichte des Marxismus eingehen, ohne die man ja weder die Geschichte der Sowjetunion noch die der DDR einigermaßen verstehen kann. Ich berühre dabei den fundamentalen Unterschied zwischen der sozialdemokratischen und der kommunistischen Traditionslinie.

In der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert stellte sich heraus dass Marx mit seinen Prognosen an drei Stellen mindestens geirrt hatte.

1. Die „*Konzentrationstheorie*“, wie ich sie hier nennen möchte. Die kapitalistische Entwicklung sollte zu einer immer stärkeren Konzentration der Unternehmen führen durch die „Expropriation der Expropriateure“, d.h. den Konkurrenzkampf. Das stimmte aber nur sehr eingeschränkt. Es entstanden zwar tatsächlich immer größere Unternehmen, aber diese förderten zugleich den Bedarf an kleineren Unternehmen als Zulieferer, für Kleinserien, Reparatur und Service. Ergo: Der Mittelstand wurde zwar einerseits vernichtet, entstand aber andererseits neu. Dass man den Kapitalismus durch Kartell- und Monopolverbote bändigen könnte, daran hatte Marx offenbar nie gedacht.
2. Die *Verelendungstheorie*. Wegen der lohndrückenden Konkurrenz und des Arbeitslosenheers sollte das Proletariat zunehmend unter das Existenzminimum gedrückt und dadurch der revolutionäre Druck immer stärker werden. Auch dies trat so nicht ein. Einerseits nämlich griff der Staat gesetzgeberisch in das bis dahin rein zivilrechtlich verstandene Arbeitsverhältnis ein, indem er etwa den Achtstundentag vorschrieb und die Kinderarbeit verbot, andererseits schuf er die Sozialversicherungen (Renten-, Kranken-, Unfallversicherung), die das Arbeiterelend begrenzten. Und durch Gewährung des Streikrechts, das zuvor als Landfriedensbruch galt, gab er den Gewerkschaften ein Machtmittel an die Hand, das sie für Lohnerhöhungen einzusetzen wussten. Schließlich wurde durch die Produktion von Massengütern auch das Proletariat als potentieller Kunde ins kapitalistische Gesamtsystem integriert, wofür symbolisch das Warenhaus steht, das um die Jahrhundertwende seine Karriere beginnt.
3. Die *Aufhebung der Arbeitsteilung*. Angeblich sollten die Arbeiter durch die fortwährenden Krisen von einer Branche in die andere geworfen und so in jeder gleich versiert umso leichter die Kontrolle über den gesamten Produktionsprozess der Gesellschaft übernehmen können. In der Floskel von der „allseitig gebildeten sozialistischen Persönlichkeit“ klang diese Utopie vom Alleskönner noch nach. In Wahrheit aber war sowohl die ökonomische als auch die wissenschaftliche Entwicklung geradezu umgekehrt von zunehmender Spezialisierung geprägt. Auch dies förderte den spezialisierten Mittelstand. Die Kommunisten waren tatsächlich blind für die Tatsache, dass ein erfolgreicher Unternehmer über Fertigkeiten verfügen muss, die nicht jedem zu Gebote stehen – wie ja auch nicht jeder von uns das Zeug zum großen Künstler hat. Ein Unternehmen führen, das kann doch jeder, war ihre Überzeugung, zumal doch die zentrale Planwirtschaft die erforderlichen Vorgaben lieferte. Eine der größten Hypotheken beim Ausstieg aus der Planwirtschaft war die, dass die Fertigkeiten eines Unternehmers in der sozialistischen Planwirtschaft nicht gefragt waren und deshalb 1990 nur die wenigen Naturtalente zur Verfügung standen.

Es war Eduard Bernstein, der letzte Privatsekretär von Friedrich Engels und sein Testamentsvollstrecker, der innerhalb der Sozialdemokratie deshalb forderte, die Marx'sche Theorie zu revidieren. Wenn wissenschaftliche Prognosen nicht eintreten, müssen die wissenschaftlichen Voraussetzungen dieser fehlerhaften Prognosen aufgrund der neuen Erkenntnislage korrigiert oder eben revidiert werden. Er forderte deshalb von der Sozialdemokratie eine Politik der Reformen und nicht der Revolution, zumal das Wahlrecht nun Zugang zur politischen Macht eröffnete. Dagegen formierte sich eine Marx-Orthodoxie, für die Lenin besonders wichtig wurde. Nach der Oktoberrevolution formierten sich

kommunistische Parteien, für die Revisionismus und Sozialdemokratismus Ketzernamen waren. Deren Ideologie wurde der Marxismus-Leninismus, wie er vor allem unter Stalin kodifiziert wurde. Die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und die Einführung der Planwirtschaft (zu der allerdings bei Marx selbst nichts zu lesen war) sollte eine neue Gesellschaft ohne Krisen, Kriminalität und Mangel erzeugen und einen neuen Menschen. Die von den Fesseln des Privateigentums befreite Wirtschaft sollte zur wachsenden Befriedigung der steigenden Bedürfnisse der Menschen führen, oder kurz: zu Überfluss. Dies alles sollte durch die angeblich wissenschaftliche Theorie des Marxismus-Leninismus verbürgt sein, durch die sich das elitäre Bewusstsein der kommunistischen Funktionäre legitimierte.

Die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln ist in der Sowjetunion konsequent durchgeführt worden, z.T., namentlich in der Landwirtschaft unter Stalin mit verheerenden Folgen und Millionen Hungertoten. Weniger verheerend, aber konsequent wurde das Privateigentum an Produktionsmitteln auch in den meisten Staaten des sowjetischen Machtblocks abgeschafft, nicht aber in der SBZ/DDR. Das hatte wohl drei Gründe.

1. Die DDR war ein *Teilstaat*. Die sowjetische Führung hat unter Stalin, aber auch danach die deutsche Teilung nicht als endgültig angesehen und deshalb bis 1955 auf eine radikale Sowjetisierung der DDR verzichtet. Damit erklärt sich auch die Tatsache, dass die erste Verfassung der DDR weitgehend an die Weimarer Verfassung angelehnt war und, wie das Grundgesetz, als gesamtdeutsche Verfassung taugen sollte – weshalb beide Verfassungen erklärten: es gibt nur eine deutsche Staatsbürgerschaft. Damit erklärt sich aber auch, dass in der DDR neben der SED vier weitere Parteien existierten, die sog. Blockparteien, von denen drei, nämlich CDU, LDPD und NDPD, auch tatsächlich viele Vertreter der Privatwirtschaft in ihren Reihen hatten und deren Interessen auch tatsächlich gelegentlich gegenüber der SED vorsichtig artikulierten – solange es einen relevanten privatwirtschaftlichen Sektor gab, nämlich nur bis 1972. Damit hier keine Legenden entstehen: die SED hatte sich die Blockparteien wirksam unterworfen und entschied sogar über Aufnahmeanträge. Aber bevor die SED entschied, gab es von den Blockparteien manchmal alternative Optionen. Die SED übrigens traute den Blockparteien nicht über den Weg.
2. Die DDR war der „*Frontstaat*“, nicht nur geographisch als der westliche Vorposten, sondern auch deshalb, weil die Bevölkerung ihre Lage ständig mit Westdeutschland verglich und bis zum Mauerbau 1961 ja über Westberlin die Möglichkeit zur Flucht ohne Lebensgefahr – freilich auch ohne Hab und Gut – bestand. Die SED und die Sowjetunion waren ständig bemüht, die DDR als den besseren deutschen Staat erscheinen zu lassen – und waren sehr lange überzeugt, dass das gelingen werde, wieder ein Fall des typischen Wunschdenkens. 1958 verkündete Ulbricht seine „Hauptaufgabe“: „Westdeutschland im Prokopf-Verbrauch ein- und überholen.“ Als das misslang, ließ er die Mauer bauen. Trotzdem lieferte er 1967 eine Neuauflage: „Überholen ohne einzuholen.“ Die Bundesrepublik war für die SED und die Bevölkerung die „Referenzgesellschaft“ (Ebbinghaus).
3. „Aufbau des Sozialismus“ hieß in der Sowjetunion: nachholende Industrialisierung eines Agrarlandes, angefangen bei der Elektrifizierung. Dafür ist tatsächlich zunächst eine Kommando- oder Planwirtschaft durchaus effektiv, wie man auch an Südkorea sehen konnte, das gegenüber dem industrialisierten Norden bei der Teilung eine industriefreie Zone war.

Die DDR dagegen hatte Hochtechnologiesektoren geerbt, namentlich in der chemischen, der Pharma-, der optischen, der Glas-Industrie, bei Maschinen-, Fahrzeug- und Flugzeugbau. Hier mussten lediglich die Kriegsschäden und die Reparationsverluste kompensiert werden, um Weltspitze zu sein. Allerdings gab es

von 1945 an gewaltige Verluste an Fachleuten und Unternehmen mitsamt ihren Patenten, die aufgrund der restriktiven Politik gegen die private Wirtschaft in den Westen gingen.

„Aufbau des Sozialismus“ in einem hochtechnologisierten Land, das war ein Novum und das gab es so nur in der DDR.

Eine durchdachte, auf konkreten Analysen beruhende Mittelstandspolitik hat die SED zu keinem Zeitpunkt betrieben. Es scheint auch nie das Zusammenspiel eines privaten Sektors mit einer verstaatlichten Industrie gründlicher untersucht worden zu sein. Denn die Privatwirtschaft galt grundsätzlich als Relikt vergangener Zeiten und als wirtschaftlich ineffektiv, weil die These, Großbetriebe könnten mit größeren Maschinen und Großserien viel produktiver arbeiten, abstrakt verallgemeinert wurde, aber dergestalt generalisiert schlicht falsch war.

Die Mittelstandspolitik hat die beiden Elemente Ausnützung und Verdrängung je verschieden akzentuiert eingesetzt, bis dann 1972 unter Honecker der verbliebene Mittelstand endgültig zerschlagen wurde. Übrig blieben winzige Handwerksbetriebe ohne oder mit ein, zwei Mitarbeitern. Als Höchstgrenze waren 9 Mitarbeiter erlaubt, aber die Steuergesetzgebung sorgte dafür, dass Betriebe mit drei und mehr Angestellten zumeist unrentabel waren. So war es bis 1989.

Die Mittelstandspolitik der SED begann mit einem Paukenschlag. Vom 9. Bis 12. Juni wurde auf der 2. Parteikonferenz der SED der „Aufbau des Sozialismus“ verkündet. Damit begann das schlimmste Jahr der DDR. Die SED setzte den Justizterror ein. Dazu nur zwei Beispiele. Von August 1952 bis Ende Januar kam es zu 1.200 Gerichtsverfahren gegen Bauern, die das Ablieferungssoll nicht erfüllt hatten. Es hagelte Gefängnisstrafen. Der bis dahin noch private Großhandel wurde zerschlagen. Bei 3.000 Betriebsprüfungen wurden 2.300 Personen verhaftet und ein Vermögen von 335 Millionen Mark eingezogen. 3.200 private Industriebetriebe verschwanden damals, 45.000 Handwerker gaben auf. Meist flohen sie in den Westen. 500.000 ha lagen brach, weil die Bauern geflohen waren. Die Konsumgüterproduktion wurde systematisch zugunsten des Aufbaus der Schwerindustrie für Rüstungszwecke zurückgestellt.

Aber nach Stalins Tod stoppte die Sowjetunion (damals noch unter Berija) diesen Kurs aus deutschlandpolitischen Gründen. Die SED-Führung wurde zum 2. Juni nach Moskau beordert und bekam einen langen Katalog von Maßnahmen vorgelegt, die sie zurückzunehmen hatte. Der forcierte Aufbau des Sozialismus habe zu katastrophalen Verhältnissen geführt und sei sofort zu beenden. Die SED gehorchte noch von Moskau aus, machte die Enteignungen rückgängig und öffnete die Gefängnisse. Nur eine Maßnahme nahm sie nicht zurück, weil sie erst nach Fertigstellung der Liste verfügt worden war: die Normerhöhung für die Arbeiter. Deshalb kam es zum Aufstand des 17. Juni. Die sowjetischen Truppen griffen ein.

Das hatte zum einen zur Folge, dass Ulbricht, den die sowjetische Führung ersetzen wollte, im Amt blieb und bis zu seiner Entmachtung 1971 über seine Gegner triumphierte, die z.T. auch alternative Wirtschaftskonzepte vertraten. Andererseits aber bekam nun bis zum Ende der DDR die Konsumgüterproduktion ein höheres Gewicht: Konsumtion statt Partizipation als Legitimation (Ebbinghaus), gemäß der Prokopfverbrauchsdeologie. Die Enteignungen waren zwar nun weithin erst einmal aufgehoben, aber in Wahrheit doch nur aufgeschoben. Ende der 50er Jahre, bis 1960 wurde die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft kampagnenartig durchgezogen. Die private Industrie hatte zwar ständig unter Benachteiligungen und Nadelstichen zu leiden, unter Ulbricht aber nicht unter einer Enteignungskampagne.

Die zentrale Planwirtschaft erstreckte sich nur auf die volkseigene Industrie, die teils durch die vielen Industrie-Ministerien, teils durch die Wirtschaftsräte der Bezirke geleitet wurden. Der staatliche Einfluss auf die private Industrie erfolgte durch die Genehmigungspflicht der

Lieferverträge der Privatwirtschaft 45 Tage vor Quartalsbeginn. Außerdem waren sie staatlicher Kontrolle durch Materialzuweisung und Kreditvergabe unterworfen und konnten dadurch auch schikaniert werden. Eine rigide Steuergesetzgebung sollte den Gewinn beschneiden. Während bei Angestellten die Lohnsteuer bis maximal 20 Prozent anstieg, stieg die Einkommenssteuer der privaten Gewerbetreibenden (die nicht die einzige Steuer war) bis 90 Prozent an. Bei 15.000 Mark Jahreseinkommen zahlten Angestellte 20 Prozent und Selbständige 35 Prozent Lohn- bzw. Einkommenssteuer.

Trotzdem gab es weiterhin, wenn auch in abnehmender Zahl, erfolgreiche private Unternehmer. Das lag daran, dass sie ihre Produkte selbst entwickeln konnten und flexibel waren in der Ausnutzung von Marktlücken, die die schwerfällige Planwirtschaft massenhaft selbst erzeugte. Außerdem kam es zu Kooperationen von privaten und staatlichen Betrieben, ein grauer Markt nach der Devise eine Hand wäscht die andere oder hilfst du mir, helf ich dir, ein kleines bisschen Markt, der wohl niemandem schadete, aber aus prinzipiellen Gründen doch nicht sein durfte. Schließlich hatten die privaten Unternehmen einen überproportionalen Anteil an der Konsumgüterproduktion und am Export. In der Textil- und Schuhindustrie etwa lieferten die privaten und halbstaatlichen Betriebe 50 Prozent der Produkte, obwohl der Produktionsanteil der Privaten/Halbstaatlichen von 40 Prozent 1950 auf 15 Prozent 1970 zurückgegangen war.

Und schließlich litten die Privaten nicht in demselben Maße an den zwei Hauptgebrechen der zentralen Planwirtschaft, nämlich den Informationsdefiziten und den Motivationsdefiziten. Die für eine zentrale Planung notwendigen Informationen standen deshalb nicht zur Verfügung, weil die Betriebe geschönte Zahlen lieferten und sich künstlich klein machten, um die Pläne übererfüllen zu können, weil alle erforderlichen Informationen gar nicht erhoben werden konnten und weil nun einmal das Unvorhergesehene nicht vorhergesehen werden kann. Die von der Planwirtschaft zugrundegelegten Modelle waren einfach viel zu grob, um sicher planen zu können. Diese Probleme hatten die Privatbetriebe nicht, weil sie wussten, was sie taten.

Und das andere Gebrechen: wenn nicht der wirtschaftliche Erfolg, der sich in Geld niederschlägt, sondern eine abstrakte Planerfüllung, für die es Titel und Ehrenzeichen gibt, gemessen wird, ist die Motivation für effektives Wirtschaften gering.

Statt einer generellen Verstaatlichung betrieb die SED ab 1956 (3. Parteikonferenz) die Strategie einer Teilverstaatlichung. Handwerksbetriebe sollten sich zu Produktionsgenossenschaften zusammenschließen (PGH in Analogie zu den LPG) und die privaten Industriebetriebe sollten staatliche Beteiligungen aufnehmen (BSB, auch halbstaatliche Betriebe genannt). Da die Gesellschafterversammlung nur einstimmig entscheiden durfte, bestand unabhängig von der Höhe der staatlichen Beteiligung defacto ein Veto der staatlichen Vertreter, die meist aus VEBs stammten. Die Idee war wohl, dass so die privaten und halbprivaten Betriebe den VEB zu- und untergeordnet werden sollten. Es hat aber dabei wohl öfters der Schwanz mit dem Hund gewedelt.

Diese Politik der ausnutzenden Duldung wurde Anfang der 70er Jahre beendet. In einer großen Kampagne wurden nun alle privaten und halbstaatlichen Betriebe verstaatlicht, indem die privaten Anteile ausbezahlt wurden, freilich zu recht niedrigen Sätzen. Da die Wohnhäuser zumeist Betriebseigentum waren, mussten auch diese zumeist abgegeben und geräumt werden. Insgesamt wurden 11.400 Betriebe verstaatlicht.

Diese Kampagne ein Jahr nach dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker ist seinerzeit oft gedeutet worden nach dem Muster Neuer Mann neuer Kurs. Das scheint nicht zu stimmen. Ebbinghaus legt einleuchtend dar, dass die restriktivere Politik gegen die Privaten sich schon unter Ulbricht anbahnte. Der Unterschied zwischen Ulbricht und Honecker war wohl der, dass Ulbricht auf Krisen mit Reformansätzen reagierte, die aber halbherzig blieben und abgebrochen wurden, wie das „Neue ökonomische System der Planung und Leitung“ (NÖSPEL). Honecker dagegen reagierte auf wirtschaftliche und finanzielle Krisensymptome,

indem er die SED-Wirtschaftsfunktionäre mit ihren Beschwerden nicht einmal anhörte, sondern sie auf Günter Mittag verwies, der im Politbüro für Wirtschaft zuständig war. Andere behaupteten damals, die polnische und tschechoslowakische Führung habe die Beseitigung der Privatindustrie verlangt, weil sie Ansteckungsgefahr befürchteten. Ebbinghaus macht wahrscheinlich, dass diese Enteignungen mit der neuen bundesdeutschen Ostpolitik zusammenhing. Um zu vermeiden, dass bürgerliche Kreise mit Willy Brandts Politik sympathisieren, sollte die ökonomische Basis des „Bürgertums“ zerschlagen werden. Wenn das stimmt, wäre das ein weiterer Beweis für die Weltfremdheit dieser Klassentheorie, denn einen solchen Zusammenhang gab es in der Wirklichkeit der DDR überhaupt nicht.

Die hohe Bedeutung, die die SED dem Konsum zuschrieb, veranlasste sie zu der Forderung, durch diese Verstaatlichung sollte weder die Planerfüllung noch die Konsumgüterproduktion beeinträchtigt werden. Zuerst sollten diejenigen Betriebe verstaatlicht werden, die dadurch unmittelbar VEB stärken konnten, wobei man vor allem an zusätzliche Arbeitskräfte und Materialreserven dachte, also an Ausschachten. Dass solche Unternehmen nur kraft einer passgenauen Einbettung in ihr Umfeld und durch ein komplexes Beziehungsgeflecht funktionierten, dafür hatte man offenbar keinen Sinn. Da den staatlichen Stellen zudem die notwendigen Informationen fehlten, um nach den Vorgaben des Politbüros vorzugehen, ging man vor Ort einfach zur generellen Verstaatlichungskampagne über. Die Folge war ein Chaos. Denn die Wirtschaftsräte der Bezirke, die bisher 500 Unternehmen geleitet hatten, bekamen nun 7.500 dazu und waren mit der erforderlichen Prüfung der Pläne maßlos überfordert. Zudem nahmen viele Beschäftigte die Verstaatlichung zum Anlass zu kündigen, statt in den vorgesehenen VEB zu wechseln. Viele altgediente Fachleute, die noch als Rentner in den Privatbetrieben gearbeitet hatten, schieden nun aus. Oft hat man den bisherigen Eigentümern, die sich ja auf die Führung ihres Betriebs ausgezeichnet verstanden haben, den Posten des Betriebsdirektors angeboten. Aber viele haben schnell resigniert, aus Altersgründen, aus Gesundheitsgründen und weil sie mit der Planwirtschaft nicht zurechtkamen. Eine verlässliche Quelle sagt, nach 5 Jahren hätten 70 Prozent derer, die als ehemalige Eigentümer Betriebsdirektoren geworden waren, den Posten aufgegeben.

Gerhard Schürer, der letzte Chef der Staatlichen Plankommission, hat nach 1989 in seltener Ehrlichkeit über seine diesbezüglichen Erfahrungen als führender Wirtschaftsfunktionär Auskunft gegeben. Er hat jene Verstaatlichungen unter Honecker als ganz großen Fehler bezeichnet, weil nun nicht mehr nur die Großindustrie mit Großserien, sondern auch die tausend kleinen Dinge des täglichen Bedarfs und die diesbezüglichen Konsumbedürfnisse der Bevölkerung planen. Doch dafür fehlten sowohl Informationen als auch ausreichend genaue Modelle. Und er kritisiert grundsätzlich, dass aufgrund des Primats der Politik vor der Ökonomie ein, wie er sagt, Subjektivismus praktiziert worden sei, der einfache ökonomische Wirkungszusammenhänge schlicht ignoriert und Anordnungen getroffen hat, die unerfüllbar oder sogar selbstwidersprüchlich waren.

Zum Schluss noch ein Blick auf das Schicksalsjahr 1989/90.

Weil auch innerhalb der SED die Verstaatlichungen von 1972 als grober Fehler beurteilt wurde, hat die letzte SED-geführte Regierung unter Ministerpräsident Hans Modrow noch vor den ersten freien Volkskammerwahlen jene Enteignungen rückgängig gemacht und übrigens damit zum ersten Mal den Grundsatz Rückgabe vor Entschädigung praktiziert. Damit verband sich die Erwartung, das werde zur Initialzündung für den Aufbau eines privaten Sektors der Wirtschaft. Diese Erwartung wurde aber weitestgehend enttäuscht.

Viele Berechtigte haben das Angebot gar nicht wahrgenommen. Denn bei einer Betriebsbesichtigung stießen sie auf alte Bekannte, die Maschinen von 1972. Andere haben den Betrieb ihres Vaters zwar übernommen, aber nicht den Mut zu einem radikalen Neuanfang gehabt, zu dem immer auch der Abbau, sprich die Entlassung überflüssiger Arbeitskräfte, namentlich in der aufgeblähten Verwaltung, gehört hätte. Wieder andere hatten nun zwar den Betrieb des Vaters, nicht aber dessen Geschäftstüchtigkeit geerbt.

Im Juni 1997 waren von jenen 11.400 Betrieben, die Honecker enteignet hatte, nur 2.700 am Markt, yaber nur 500 von ihnen hatten eine gesicherte Perspektive. Warum sind so viele gescheitert? Wer die Sache von außen betrachtet, wird sagen: den Neu-Unternehmern fehlte schlicht die unternehmerische Erfahrung, denn einiges wurde in den Betrieben der Planwirtschaft schlichtweg nicht eingeübt, weil zentral erledigt: Marketing, Controlling, Einkauf, Vertrieb, Kundenaquisition und größtenteils auch die Pflege der Produktpalette. Wenn man die Gescheiterten fragt, muss man mit der Antwort rechnen: an einer Stelle hatte die SED ja recht: der Monopolkapitalismus vernichtet die Konkurrenz gnadenlos. Ich möchte entgegen: suche Schuld nicht nur bei anderen.